

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Franz-Reinhard Ruppert: Kirche, Schule, Post und Wohnbebauung statt Linoleumfabrik. Stadtmagistrat und Bürger wenden sich 1884 gegen einen stadtkernnahen Standort für eine zweite Linoleumfabrik in ...

Franz-Reinhard Ruppert

Kirche, Schule, Post und Wohnbebauung statt Linoleumfabrik

Stadtmagistrat und Bürger wenden sich 1884 gegen einen stadtkern-
nahen Standort für eine zweite Linoleumfabrik in Delmenhorst

Mit der Gründung der Jutespinnerei und Weberei 1870 bzw. des Produktionsbeginns 1871 begann sich das Landstädtchen Delmenhorst vor 150 Jahren zu einem Industriestandort zu wandeln. 1882 wurde mit dem Bau einer Linoleumfabrik ein weiterer Industriezweig in Delmenhorst ansässig. Mit den Industriearbeitsplätzen stieg die Einwohnerzahl. Nicht im gleichen Maße entwickelte sich der Wohnraum. Der Stadtmagistrat verfolgte die Entwicklung mit Sorge, sah aber für die Erweiterung der von Wiesen und Weiden umgebenen Stadt nur begrenzte Möglichkeiten. *Die Stadt Delmenhorst [...] wird sicher mit der Zeit einer Erweiterung und Ausdehnung bedürfen, es sind ihr aber nach den Himmelsrichtungen Osten, Westen und Süden die Flügel beschnitten, nur nach Norden [...] bleibt ihr Terrain für Privatbauten.*¹ Gemeint war ein Areal nördlich des Stadtkerns und der Delme, begrenzt durch die seit 1867 bestehende Bahntrasse im Norden (Abb. 1).² Das etwa zwei Hektar große Grundstück hatte der Korkfabrikant Julius Wieting³ 1877 gekauft⁴ und ganz im Sinne des Stadtmagistrats geplant, *das Grundstück zu Bauplätzen einzurichten und Letztere an Private zu verkaufen.*⁵ Der Stadtmagistrat hatte 1878, um das Grundstück zu erschließen, mit Wieting Verhandlungen über den Ankauf des Weges, der späteren

1 Stadtarchiv Delmenhorst (im Folgenden StadtA Del): Magistratsakte 1798: Fabrikanlagen der Deutschen Linoleumwerke „Hansa“, 1882, 1893, 1917, hier: Schreiben an das Amt Delmenhorst v. 28. Juli 1882.

2 Der Plan ist nicht datiert. Nach dem dargestellten Inventar kann er zeitlich auf ca. 1880 eingeordnet werden.

3 Julius Christian Wilhelm Wieting wurde am 21. Juni 1843 in Delmenhorst geboren und war mit Louise, geb. Buchholz verheiratet (StadtA Del: Melderegister, Bd. Wegzug Mai 1893–April 1894). Er betrieb an der Westerstraße eine Korkfabrik.

4 Vgl. Anm. 1: Die *Berechnung über die Höhe der Kosten für den Ankauf eines Weges über die Wietingschen Grundstücke (die sogenannte Luisenstraße) am 1. August 1882* enthält die Angaben über den Ankauf zweier Grundstücke (Witzlebensche Weiden und Ordemannsche Weiden) zum 1. Mai bzw. 1. November 1877.

5 Wie Anm. 1.

Anschrift des Verfassers: Dr.-Ing. Franz-Reinhard Ruppert, Roonstraße 7, 37441 Bad Sachsa

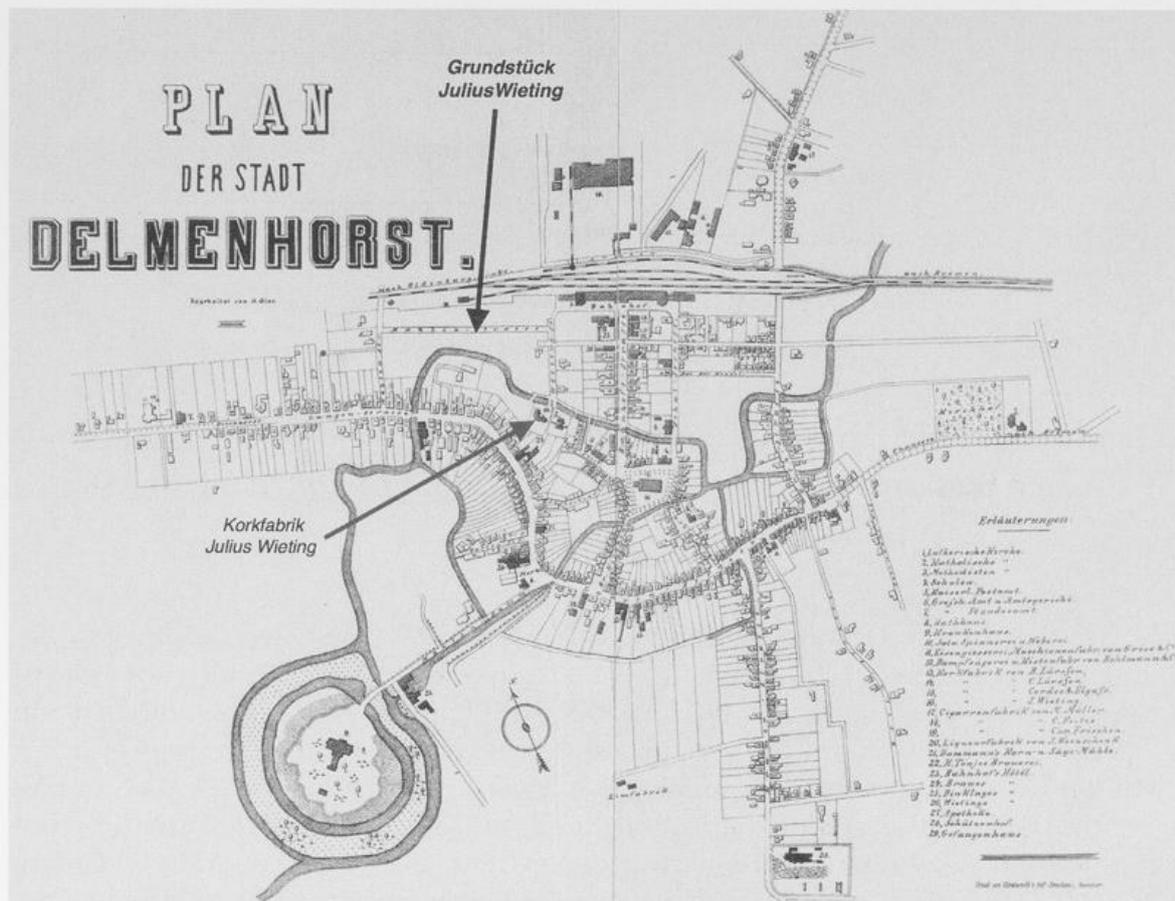


Abb. 1: Plan der Stadt Delmenhorst, ca. 1880, mit der Lage des Grundstücks von Julius Wieting (Stadtarchiv Delmenhorst)

Louisenstraße,⁶ geführt, der das Grundstück, abzweigend von der Wietingstraße (Westerstraße), von Osten nach Westen querte. Stattdessen reichte Wieting im Juli 1882 sehr zum Missfallen des Stadtmagistrats beim Amt Delmenhorst ein Gesuch zum Bau und Betrieb einer Korkteppichfabrik (Linoleumfabrik) ein.⁷

Allerdings blieb es bei der Absicht des Fabrikbaus, aber auch der Wohnbebauung. Das Gelände war auch 1884 noch unbebaut,⁸ als Julius Wieting im Oktober die Bitte an das Amt Delmenhorst richtet, auf *seinem Lande beim Bahnhofe eine Korkteppichfabrik* bauen zu dürfen.⁹ Er beabsichtigte, die zweite Delmenhorster Linoleumfabrik unter seinem Namen zu bauen und zu betreiben.

- 6 Der Weg wird in den Schriftsätzen als sogenannte *Louisenstraße* bezeichnet, da der Name von Wieting privat vergeben worden war. Der Straßename wurde später für das kommunale Straßennetz übernommen.
- 7 Franz-Reinhard Ruppert, „Ganz frei von Unannehmlichkeiten wird freilich eine industrielle Anlage für die übrigen Bewohner eines Ortes nur selten sein“ – Genehmigungsverfahren für die Delmenhorster Industrieanlagen Jute 1870, Linoleum 1882 und Wolle 1884, in: Delmenhorster Heimatjahrbuch 2020.
- 8 Archiv Delmenhorster Kreisblatt (im Folgenden Archiv dk): Im Delmenhorster Kreisblatt vom 26. September 1884, S. 2 wird von bisher nicht gut verkäuflichen Bauplätzen beiderseits der Louisenstraße berichtet.
- 9 StadtA Del: Magistratsakte 1799 Korkfabriken 1884-1925. Darin: Akte betr. die Anlage einer Korkfabrik (Korkteppichfabrik) durch den Fabrikanten Jul. Wieting 1884. Schriftstück Nr. 1: Wieting an das Amt Delmenhorst, 22. Oktober 1884.

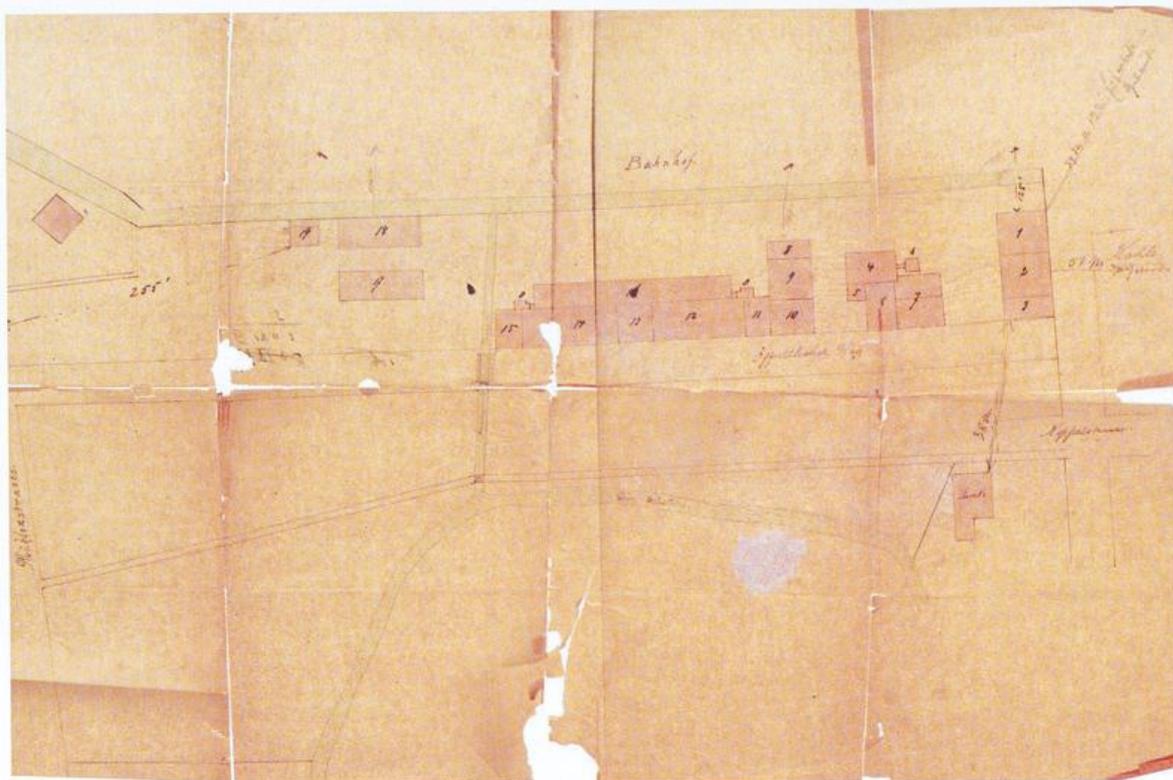


Abb. 2: Der dem Gesuch vom 22. Oktober 1884 beigefügte Lageplan (Grundriß) der Linoleumfabrik im Maßstab 1:500 (Stadtarchiv Delmenhorst, Magistratsakte 1799)

Dem Gesuch ist ein Lageplan beigefügt, auf dem an der nördlichen Seite der Louisenstraße auf einer Fläche von ca. 200 m mal 35 m Fabrik- und Bürogebäude eingezeichnet sind (Abb. 2).¹⁰ Entstehen sollten auf dem Grundstück Büro- und Magazinräume (1-3), Kesselhaus, Dampfmaschine, Korkmühle und -magazin (4-7), ein 100 Fuß hoher Schornstein (S), Fabrikationsräume für das Linoleum und Trockenhäuser (8-16),¹¹ sowie Gebäude zur Oxidation und zum Kochen sowie Mischen des Leinöls (17-19). Mündlich gab Wieting im Amt Delmenhorst ergänzend zu Protokoll: *die Gebäude werden sämtlich ganz massiv erbaut und mit Schiefer gedeckt, somit genügend feuersicher.*¹² Hinsichtlich des Fabrikationsverfahrens fasste sich das Gesuch knapp. *Die Fabrikation geschieht ganz in derselben Weise wie bei der German Linol. Comp.* Damit verwies Wieting auf die erste Delmenhorster Linoleumfabrik, die 1882 unter dem Namen „German Linoleum Manufacturing Company Ltd.“ erbaut worden war und 1883 den Betrieb aufgenommen hatte.¹³ Zu dieser Gesellschaft hatten sich die im Juni 1882 gegründete Delmenhorster Linoleumfabrik A.G. und die englische Staines

10 Die wenig professionelle Zeichnung deutet darauf hin, dass Wieting diesen Plan selbst angefertigt hat. Der Zustand des transparenten Zeichenpapiers, Blattgröße ca. 40 cm mal 60 cm, ist inzwischen äußerst fragil.

11 Dieser Gebäudekomplex hat eine Länge von 80 m.

12 StadtA Del: Magistratsakte 1799 (Anm. 9), Schriftstück Nr. 6: Protokoll über einen Vortrag von Julius Wieting im Amt Delmenhorst am 21. Oktober 1884.

13 Ab 1896 hieß das Werk „Deutsche Linoleumwerke Hansa A.G.“.

Linoleum Company zusammengefunden, um ein Werk im Norden außerhalb der Stadt an der Ochtumer Chaussee¹⁴ nördlich der Welse¹⁵ unter englischer Führung zu bauen und zu betreiben. Wieting war Gesellschafter der Delmenhorster Linoleumfabrik A.G. und stellvertretender Vorstand. Zunächst hatte diese Gesellschaft beabsichtigt, das Grundstück an der Louisenstraße im Juli 1882 von Wieting zu kaufen, um darauf die Fabrik zu bauen. Die Kaufabsicht stand allerdings unter dem Vorbehalt, dass es Wieting gelänge, die notwendige Konzession für die Linoleumfabrik zu erhalten.¹⁶ Das Gesuch dazu reichte Wieting im Juni 1882 beim Amt Delmenhorst ein.¹⁷ Zu der Konzession kam es nicht, weil bereits im August das Grundstück an der Ochtumer Chaussee angekauft wurde.¹⁸ Damit kam der Kauf des Geländes an der Louisenstraße nicht zu Stande.

Der erneute Versuch Wietings, auf seinem Grundstück eine Linoleumfabrik zu bauen und zu betreiben, wurde am 24. Oktober 1884 durch das Amt Delmenhorst öffentlich bekannt gemacht (Abb. 3).¹⁹ Gesetzliche Grundlage des Genehmigungsverfahrens



Abb. 3: Amtliche Bekanntmachung der Absicht, eine Korkteppichfabrik zu bauen (Delmenhorster Kreisblatt vom 24. Oktober 1884)

war die Gewerbeordnung von 1869.²⁰ Die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens zeigt, dass die geplante Linoleumfabrik von der Genehmigungsbehörde nach der Gewerbeordnung § 16 unter *Anlagen, welche einer besonderen Genehmigung bedürfen*, eingestuft worden war. In der zugehörigen Objektliste werden zwar keine Linoleumfabriken aufgeführt, da es sie bei Inkrafttreten der Gewerbeordnung in Deutschland noch nicht gab. Dem Sinn dieses Paragraphen nach war aber zweifelsfrei eine besondere Genehmigung erforderlich, da nicht auszuschließen war, dass die Fabrik durch die örtliche Lage oder die Beschaffenheit der Betriebsstätte für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum überhaupt erhebliche Nachteile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen könne. Das scheint dem Amt Delmenhorst um so bewusster gewesen zu sein, als es den Betrieb und die Auswirkungen des ersten Delmenhorster Linoleumwerkes im Norden der Stadt seit fast zwei Jahren beobachten konnte. Die Geruchsintensität der Leinölverarbeitung dürfte dem Amt wie den Bürgern trotz der Entfernung zur Stadt nicht entgangen sein, wie der gleichen Ausgabe des Delmenhorster Kreisblatts, in der die amtliche Bekanntmachung erschien, zu entnehmen ist.

sen zu sein, als es den Betrieb und die Auswirkungen des ersten Delmenhorster Linoleumwerkes im Norden der Stadt seit fast zwei Jahren beobachten konnte. Die Geruchsintensität der Leinölverarbeitung dürfte dem Amt wie den Bürgern trotz der Entfernung zur Stadt nicht entgangen sein, wie der gleichen Ausgabe des Delmenhorster Kreisblatts, in der die amtliche Bekanntmachung erschien, zu entnehmen ist.

14 Die heutige Stedinger Straße.

15 Die Welse ist ein Nebenfluß der Delme. Das Fabrikgelände lag ca. 1.000 m nördlich des Stadtkerns.

16 Archiv dk: Delmenhorster Kreisblatt vom 23. Juni 1882.

17 Ruppert (wie Anm. 7).

18 Archiv dk: Delmenhorster Kreisblatt vom 1. September 1882.

19 Archiv dk: Delmenhorster Kreisblatt vom 24. Oktober 1884, S. 3. Die Anzeige ist unterzeichnet vom Amtshauptmann Heinrich Bernhard Friedrich August Zedelius.

20 Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund, Fassung vom 21. Juni 1869. Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes, 1869, Nr. 26, S. 245-282.

Dort wird vom beabsichtigten Bau der Korkteppichfabrik und der Befürchtung der Anwohner berichtet, *daß die Fabrik ebenso wie die an der Welse errichtete Korkteppichfabrik einen widerlichen Geruch verbreiten werde, weshalb sie die Anlage dieser Fabrik auch außerhalb der Stadt wünschen.*²¹

Die amtliche Bekanntmachung war Bestandteil des Genehmigungsverfahrens.²² Durch sie wurde die Öffentlichkeit einbezogen. Von der Aufforderung, Einwendungen vorzubringen, wurde umgehend Gebrauch gemacht. Der Stadtmagistrat, außer durch die Zeitungsanzeige auch direkt durch das Amt Delmenhorst zu einer Stellungnahme aufgefordert,²³ ersuchte darum, *dem J. Wieting die Concession zur Errichtung einer Korkteppichfabrik auf dem von ihm dazu bestimmten Grundstücke versagen zu wollen.* Die Gründe gegen den Bau der Fabrik wurden vom Stadtmagistrat mit vier Stimmen gegen eine Stimme gutgeheißen. Der Stadtmagistrat wollte aus stadtplanerischen Gründen das Grundstück einer Wohnbebauung vorbehalten. Obwohl, anders als bei dem geplanten Linoleumwerk 1882, nur noch der nördlich der Louisenstraße gelegene Grundstücksteil industriell bebaut werden sollte, wird darin doch eine nicht akzeptable Einschränkung gesehen. Das Grundstück sei aus Gründen der notwendigen Stadterweiterung zu wertvoll, um es auch nur teilweise industriell zu bebauen, *denn es liegt auf der Hand, daß weder Privatleute noch Bauunternehmer Gebäude in der Nähe einer Korkteppichfabrik errichten werden.* Das um so mehr, als der Stadtmagistrat die von der Linoleumfertigung ausgehende Feuergefahr durch die leicht entzündlichen Rohstoffe, wie z.B. Naphta, Terpentin, Leinöl und Korkmehl, als ein besonders gewichtiges Argument in Anbetracht der Stadtnähe und der angrenzenden Bebauung ansähe. Schließlich seien es die zu erwartenden gasförmigen Emissionen (*Ausdünstungen*),²⁴ die gegen den stadtnahen Bau der Fabrik sprächen, zumal sie eine Gefahr für die Gesundheit seien. Was beim Bau der ersten Linoleumfabrik befürchtet worden war, hätte sich *in jeder Weise bestätigt. Nicht allein die Anlieger, sondern auch in nicht unbedeutender Entfernung werden Menschen und Vieh von den Ausdünstungen und Niederschlägen der Fabrik belästigt.*²⁵

Der Zigarrenfabrikant Heinrich Carl Hoyer aus der benachbarten Mühlenstraße greift im Namen von Nachbarn und Anwohnern (Abb. 4) die Argumente der Feuergefährlichkeit und der Geruchsbelästigung auf, um das Amt Delmenhorst zu bitten, die Konzession zu versagen.²⁶ Die abstandslose Aneinanderreihung der Fabrikationsgebäude biete keinen ausreichenden Brandschutz, was wider besseres Wissen geplant sei, denn bei der bestehenden Fabrik an der Ochtumer Chaussee *ist seitens der englischen Techniker großes Gewicht darauf gelegt, daß wegen der Feuergefährlichkeit die einzelnen*

21 Wie Anm. 19, S. 1.

22 Gewerbeordnung, § 17 (wie Anm. 20).

23 StadtA Del: Magistratsakte 1799 (wie Anm. 9), Schriftstück Nr. 3: Entwurf eines Schreibens an den Stadtmagistrat Delmenhorst vom 24. Oktober 1882.

24 Die „Ausdünstungen“, d.h. gasförmige, geruchsintensive Emissionen, entstehen im Fabrikationsprozess beim Erhitzen des Leinöls, dem Mischvorgang und beim Trocknen (Reifen) der fertigen Linoleumbahnen.

25 StadtA Del: Magistratsakte 1799 (wie Anm. 9), Schriftstück Nr. 5: Stadtmagistrat Delmenhorst an das Amt Delmenhorst, 31. Oktober 1884. Die Einwendung ist unterschrieben vom Ersten Bürgermeister Konrad Carl Friedrich Wilhelm Schütte.

26 Feuergefahr und Geruchsbelästigungen nennt auch der Vermessungsinspektors Wiedfeld als Gründe gegen den Bau der Linoleumfabrik. Sein Widerspruch wird in der Akte genannt, liegt darin aber nicht vor. Ihr Inhalt lässt sich aus dem Kontext der Akte mittelbar erkennen.

Gebäude weit von einander entfernt ständen. Die dort gewählte auseinandergezogene Anordnung der Gebäude ließe sich auf dem Grundstück an der Louisenstraße wegen der begrenzten Baufläche nicht verwirklichen. Von den zu erwartenden Geruchsbelästigungen durch gasförmige Emissionen könne man sich bereits jetzt eine konkrete Vorstellung machen. Die *Ausdünstungen* aus der bestehenden Fabrik seien bisweilen so stark, daß man auf Entfernungen bis zu 10 Minuten²⁷ davon belästigt wird. Wie die Erfahrungen zeigten, seien Maßnahmen zur Verhinderung der Emissionen, wie z.B. Verbrennen der Gase, technisch nicht ausgereift, jedenfalls nicht genügend wirksam.²⁸ Tatsache sei: *Die Fabrikation des Linoleums ist mit solch unangenehmen, die Nachbarschaft belästigenden Ausdünstungen verbunden, daß es schon im sanitären Interesse geboten erscheint, die Anlage einer derartigen Fabrik in der Stadt zu verbieten.*²⁹

Wieting bekam die Einwendungen zur Kenntnis und äußert sich so umgehend wie erregt in einem 17-seitigen Schreiben an das Amt Delmenhorst. Auf seine Wut und Empörung gibt neben der Emotionalität des Inhalts auch das Schriftbild einen Hinweis.³⁰ Auch die bedauernde Bemerkung, es täte ihm leid, auf die Behauptungen nicht so antworten zu dürfen, wie die Einwender es verdienten, deutet wohl eher die Emotionalität des Schreibens an, als dass sie dem Austausch sachlicher Argumente diene. Er versucht den Eindruck zu erwecken, Missgunst sei das treibende Agens der Einwendungen gegen sein Vorhaben. Es ist vor allem die vorgebrachte Befürchtung, es seien Geruchsbelästigungen zu erwarten, ähnlich denen, die von der bestehenden Fabrik ausgingen, die Wieting umtreibt. Er selbst habe sich fast täglich zu der Fabrik an der Ochtumer Chaussee begeben, um zu erfahren, *was an dem Gerüchte, welches der ersten Fabrik bzgl. des Gestankes vorausging, Wahrheit sei.* Wenn er *Ausdünstungen* überhaupt wahrgenommen habe, so nur in der Nähe der Fabrik und *jedesmal nur in einem sehr schmalen Streifen der jeweiligen Windrichtung von kaum 500 Fuß Breite.* Es sei rätselhaft, wie man überhaupt von Belästigung sprechen könne, denn *der Geruch sei gegen das, was einem hier sonst in Delmenhorst an Gerüchen geboten wird, so unschuldig.* Man sollte meinen, daß jeder durch die Schlachtereien und Gerbereien, durch das fahren mit dem Miste und der Jauche durch die Straßen [...] an das Schlimmste gewöhnt sein müsse. Wenn die Einwender also meinten, belästigende Gerüche wahrzunehmen, die ihren Ursprung in der Linoleumfabrik hätten, dann nähmen sie wahr, was sie wahrnehmen wollten, es sei vorurteilsbehaftete Einbildung. Bereits direkt nach seinem Genehmigungsantrag hatte Wieting eine Erklärung von Nachbarn der bestehenden Fabrik beim Amt Delmenhorst eingereicht, dass sie *in keinerlei Weise, sowohl hinsichtlich der Gerüche, als auch in jeder anderen Weise davon belästigt worden seien.*³¹

Eine weitere, befürwortende Unterschriftenliste, mit der er glaubte, seinem Ansinnen Nachdruck verleihen zu müssen, zeigt, dass er offensichtlich den Sinn der Gewerbe-

27 Das dürfte ungefähr 800 m bis 1.000 m entsprechen.

28 Thermische Abluftreinigung ist heute Stand der Technik. Im Produktionsprozess der bestehenden Linoleumfabrik in Delmenhorst (Gerflor DLW GmbH) wird sie nach Auskunft der Betriebsleitung als Regenerative Nachverbrennung (RNV-Verfahren) eingesetzt.

29 StadtA Del: Magistratsakte 1799 (wie Anm. 9), Schriftstück Nr. 7: Heinrich Carl Hoyer an das Amt Delmenhorst, dort eingegangen am 29. Oktober 1884. Angefügt an das Schreiben waren zwei Seiten mit 55 Unterschriften.

30 Ebd., Schriftstück Nr. 11: Julius Wieting an das Amt Delmenhorst, dort eingegangen am 12. November 1884.

31 Ebd., Schriftstück Nr. 2 vom 23. Oktober 1884, Eingabe an das Amt Delmenhorst.

ordnung und den Gehalt eines Genehmigungsverfahrens verkennt. Das um so mehr, als er sich brüstet, mit der Anzahl der Unterschriften die Zahl derjenigen zu übertrumpfen, die sich unter dem von Hoyer verfassten Einwand finden. Denn er behauptet: *Diese Petition ist nur von Grundbesitzern unterschrieben und hat in 1 1/2 Tagen mehr Unterschriften gefunden als die Hoyer'sche in acht.* Er verkennt, dass die Entscheidungen im Genehmigungsverfahren nicht durch Mehrheiten, sondern durch Abwägung von Argumenten herbeigeführt werden und unabhängig von der Anzahl der Einwendungen oder Einwender die Genehmigungsbehörde die Einwendungen vor einer Entscheidung mit den Parteien vollständig erörtern und prüfen muss.³²

Wietings Zusicherung, er würde bei der geplanten Fabrik alles tun, um Geruchsemissionen zu vermeiden, bleibt unbestimmt. Zwar bekräftigt er, seine dem Amt Delmenhorst gegenüber gemachte Aussage, dass das, was der Fabrikationsprozess *an üblen Ausdünstungen hervorbringen werde, beseitigt werden soll.* Er wisse zwar noch nicht wie, doch es sei ihm unzweifelhaft, *daß es unserer heutigen Technik oder Chemie nicht schwerfallen kann.* Falls das wider Erwarten nicht gelänge, zeigt er die Bereitschaft auf, notfalls die beiden Gebäude, in denen die Geruchsemissionen entstehen, *weiter hinaus zu lagern.*³³

Das Amt Delmenhorst hatte also zu entscheiden, ob die vorgebrachten Gründe, der von der Fabrikation ausgehenden Feuergefahr bzw. des Brandschutzes und belästigende, möglicherweise sogar gesundheitsschädliche Geruchsemissionen, ausreichen, die beantragte Konzession zu verweigern. Es suchte sich sachverständige Unterstützung bei seiner Entscheidungsfindung und holte Stellungnahmen des Fabrikinspektors Meyer,³⁴ der Eisenbahndirektion³⁵ und des Amtsarztes Dr. von Harbou³⁶ ein.

Die Feuergefahr sei kein ausreichender Grund, die Konzession zu versagen, antwortete der Fabrikinspektor Meyer dem Amt Delmenhorst.³⁷ Zwar sei eine Linoleumfabrik *feuergefährlicher als manche andere,* namentlich was die für die Fabrikation benötigten Rohstoffe betreffe. Andererseits zeige die von der bestehenden Fabrik zu zahlende Versicherungssumme, die nicht höher sei als bei anderen gewerblichen Anlagen, dass die *Gefahr doch so groß nicht sei.* Die Lagerung der leicht brennbaren Rohstoffe solle aber einer besonderen Genehmigung vorbehalten bleiben. Zunächst müsse der Antragsteller Umfang und Art der Lagerung darlegen, das ließe sich aus dem vorliegenden Antrag nicht ersehen.

Die Eisenbahndirektion machte einen Mindestabstand von 38 m zwischen den Bahnschienen und den Fabrikgebäuden zur Bedingung, um den passiven Brandschutz gegenüber Funkenflug aus den Lokomotiven zu gewährleisten.³⁸

32 Gewerbeordnung, § 19 (wie Anm. 20).

33 StadtA Del: Magistratsakte 1799 (wie Anm. 9), Schriftstück Nr. 13: Julius Wieting an das Amt Delmenhorst, vom 15. November 1884.

34 Der Oberbauinspektor D. Meyer war mit der Verwaltung der Amtsstelle eines Fabrikinspektors bei der oberen Verwaltungsbehörde, dem Departement des Inneren des Staatsministeriums, beauftragt (Hof- und Staatshandbuch des Großherzogthums Oldenburg für 1884, S. 255).

35 Eisenbahndirektion der Großherzoglich Oldenburgischen Eisenbahn (GOE).

36 Dr. Ernst von Harbou war Arzt am Peter-Elisabeth-Krankenhaus und beim Amt Delmenhorst.

37 StadtA Del: Magistratsakte 1799 (wie Anm. 9), Schriftstück Nr. 16: Fabrikinspektor Meyer an das Amt Delmenhorst, 26. November 1884.

38 Ebd., Schriftstück Nr. 15: Eisenbahn-Direktion an das Amt Delmenhorst, 18. November 1884.

Das eigentliche Konfliktpotential in dem Genehmigungsverfahren beinhaltet wegen seiner Subjektivität und Unbestimmtheit der Begriff „Geruchsbelästigung“. Mit Blick auf die Erfahrungen mit dem ersten Delmenhorster Linoleumwerk im Norden der Stadt wurde die Frage beantwortet. Der Amtsarzt Dr. von Harbou hielt nach einer Ortsbesichtigung fest, die intensiven gasförmigen Emissionen innerhalb der Gebäude der bestehenden Linoleumfabrik, in denen Leinöl verarbeitet wurde, hätten bei ihm zwar zu schmerzenden und tränenden Augen sowie zum Husteln und Räuspern geführt, seien im Freien aber nur noch im geringen Maße wahrnehmbar. *Gesundheitsschädlich in dem Sinne, daß irgendwelche Gefahren für die Nachbarschaft daraus entstehen können, sind die Oeldünste nicht, wohl aber sind sie geeignet, leicht reizbaren oder empfänglichen Individuen den Aufenthalt in ihren Wohnungen und auf ihren Grundstücken in der Nachbarschaft zu verleiden.* Dr. von Harbou kam zu der eindeutigen Empfehlung, *das Verbrennen oder [...] die Verhinderung der Verbreitung der Dünste [...] zu einer conditio sine qua non bei der Gestattung des Betriebes zu machen.*³⁹

Die Fabrik an der Ochtumer Chaussee hat wie der Amtsarzt auch der Fabrikinspektor Meyer aus Oldenburg besucht, um sich ein Urteil zu bilden. Er stellt fest, dass die in geschlossenen Gebäuden entstehenden geruchsintensiven Gase im Freien, z.B. nach dem Lüften der Gebäude, in weitaus geringerem Maße wahrnehmbar sind, wobei der Geruch *zwar keineswegs angenehm ist, aber doch nicht unerträglich.* Die Nachbarn hätten ihm sogar erklärt, *eigentlich gar nicht belästigt zu werden.* Dennoch empfehle er, die Konzession *nur unter erschwerten Bedingungen zu geben.* Die Gase müssten, bevor sie ins Freie gelangten, vorbehandelt, d.h. der Geruch müsste beseitigt werden.⁴⁰ Der Antragsteller hätte dies zwar von sich aus angeboten, aber kein Verfahren dafür angegeben. Ihm, dem Fabrikinspektor, sei auch kein derartiges Verfahren bekannt. Deshalb forderte er, dem Antragsteller die Verpflichtung aufzuerlegen, die Gebäude, aus denen die Gase emittiert werden, *weiter von der bewohnten Stadt zu verlegen, falls die Gase nicht vorbehandelt werden und die Belästigung der Anwohner nach dem Urtheile unparteiischer Sachverständiger eine erhebliche werde.*⁴¹

Zu bedenken gab der Fabrikinspektor aber, dass Delmenhorst *mehr wie ein Fabrikort, als ein einem angenehmen Landaufenthalt bietender Platz angesehen werden muß.* Das als Hinweis zu sehen, das Amt Delmenhorst möge nicht allzu streng sein, was die Definition einer Geruchsbelästigung anbelangt, ist wohl kaum überinterpretiert, zumal hinzugefügt wird, die Lage des geplanten Standortes sei günstig im Hinblick auf die vorherrschenden Windrichtungen, da die Winde die *Dünste öfter von der Stadt entfernen werden, als dass sie ihr zugetrieben werden.*

Das Amt Delmenhorst glaubte, aus den Stellungnahmen keine ausreichenden Gründe erkennen zu können, die beantragte Konzession für den Standort an der Louisenstraße zu versagen. Den Einwendern und dem Stadtmagistrat wurde beschieden, dass die Konzession erteilt werden wird, allerdings verbunden mit Auflagen.⁴²

39 Ebd., Schriftstück Nr. 14: Amtsarzt Dr. von Harbou an das Amt Delmenhorst, 18. November 1884.

40 Der Arbeitsschutz für die in den Gebäuden arbeitenden Mitarbeiter wird in den Stellungnahmen nicht thematisiert.

41 Vgl. Anm. 37.

42 StadtA Del: Magistratsakte 1799 (wie Anm. 9), Schriftstück Nr. 17: Mitteilungen an den Stadtmagistrat, den Fabrikanten Hoyer, den Vermessungsinspektor Wiedfeld; Bescheid an den Fabrikanten Julius Wieting. Es liegen nur die vom Amtmann Zedelius am 1. Dezember 1884 geschriebenen Entwürfe vor.

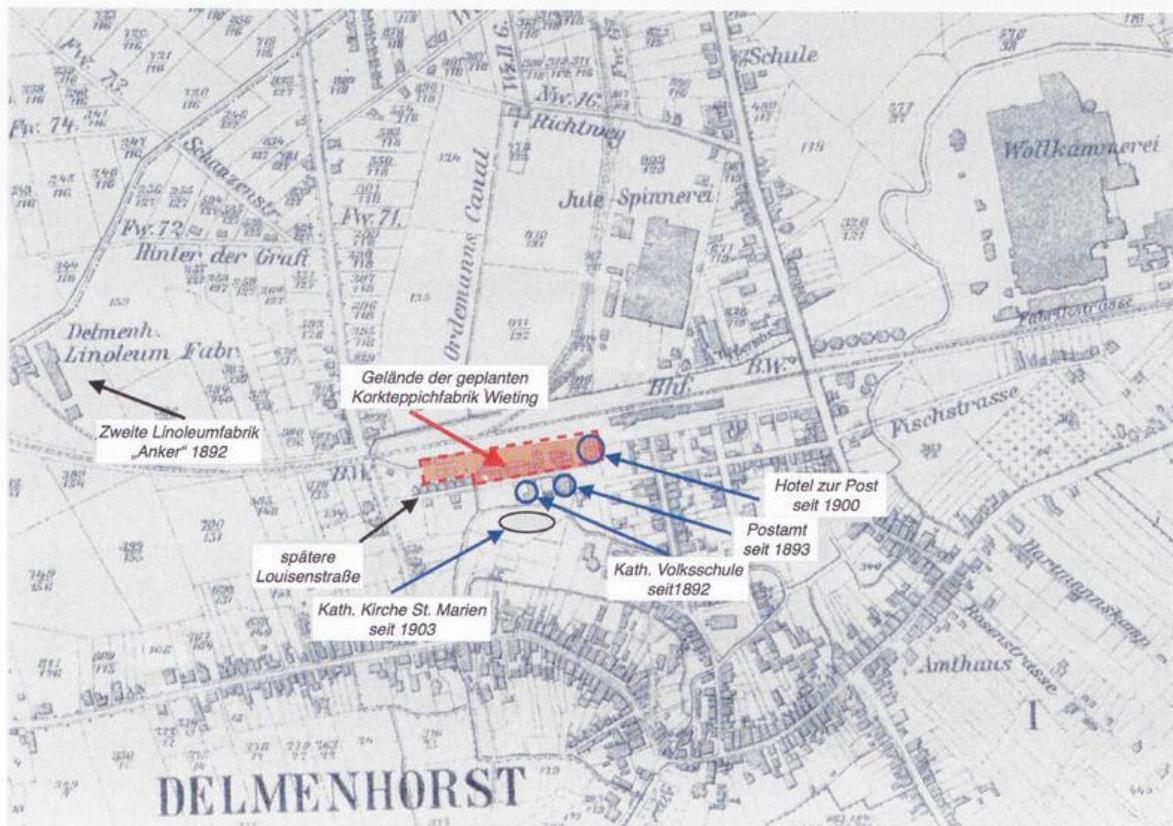


Abb. 5: Plan der Stadt Delmenhorst von 1908 mit projizierter Lage der von Julius Wieting geplanten Korkteppichfabrik (Kartengrundlage: Stadtarchiv Delmenhorst)

Julius Wieting erhielt am 1. Dezember 1884 die beantragte Konzession für den Bau und Betrieb einer Korkteppichfabrik auf seinem Grundstück an der Louisenstraße.⁴³ Verbunden war die Gestattung mit drei Auflagen: 1. Die Gebäude müssen sämtlich in feuersicherer Bauart errichtet werden, insbesondere auch so, dass die in den Gebäuden lagernden Gegenstände nicht dem Funkenflug der Lokomotiven ausgesetzt sind. 2. Mit Rücksicht auf die Feuergefährlichkeit des Betriebes der Korkteppichfabrik behält sich das Amt Anordnungen hinsichtlich der Lagerungen der Materialien vor. 3. Nach den Ermittlungen des Amtes führt der Betrieb einer Korkteppichfabrik *Nachtheile und Belästigungen für das Publicum mit sich. Deshalb ist dafür zu sorgen, daß diese Gase und Dünste aufgefangen und verbrannt, bzw. in anderer geeigneter Weise für das Publicum unschädlich gemacht werden.*

Das Ziel, die Konzession für die stadtkernnahe Linoleumfabrik an der Louisenstraße zu verhindern, hatten die Bürgerproteste nicht erreicht, dennoch waren sie am Ende erfolgreich. Der Korkfabrikant Julius Wieting machte von der Konzession keinen Gebrauch, die Fabrik wurde nicht gebaut. Der Grund ist unbekannt, naheliegender ist aber, ihn in der zur damaligen Zeit kaum erfüllbaren Auflage des Amtes Delmenhorst

43 Ebd.



Abb. 6: Blick in die Louisenstraße nach Westen mit dem Postgebäude, dem Turm der St. Marien Kirche (links) und dem Hotel zur Post (rechts), etwa 1908. Auf der rechten Straßenseite wäre die Linoleumfabrik entstanden (Foto: Stadtarchiv Delmenhorst).

zu sehen, die gasförmigen Emissionen zu behandeln. Die zweite Linoleumfabrik entstand erst 1892. Sie wurde unter dem Namen „Anker“ bekannt⁴⁴ und von der Delmenhorster Linoleum A.G. gebaut. Zu den Aktionären gehörte Julius Wieting.⁴⁵ Die für die industrielle Bebauung vorgesehenen Wiesen an der Louisenstraße wurden ab 1890 von Wieting parzelliert und als Baugrundstücke angeboten (Abb. 5). Außer einer Wohnbebauung entstanden die katholische Volksschule (1892), das Kaiserliche Postgebäude (1893) und das Hotel zur Post (1900). Zwischen der Louisenstraße und dem Stadtkern wurde schließlich südlich der Delme von 1901 bis 1903 die katholische St. Marien Kirche gebaut (Abb. 6).⁴⁶ Es darf wohl bezweifelt werden, dass die Kirchengemeinde diesen Platz gewählt hätte, wenn zuvor die zweite Linoleumfabrik, wie von Julius Wieting geplant, gebaut worden wäre.⁴⁷

44 Ein drittes Linoleumwerk bauten 1898 die Bremer Linoleumwerke A.G. Delmenhorst als Werk „Schlüssel“. Die drei Betriebe wurden 1926 mit anderen Linoleumfabriken zusammengefasst zu den Deutschen Linoleumwerken A.G. (DLW).

45 Edgar Grundig, Delmenhorst – Stadtgeschichte 1848 bis 1945, Bd. IV, Delmenhorst 1960, S. 955.

46 Ebd., S. 741

47 Wieting ist nach dem Verkauf seiner Immobilien und Grundstücke am 30. Oktober 1893 zusammen mit seiner Ehefrau nach Bremen verzogen (StadtA Del: Melderegister, Bd. Wegzug Mai 1893-April 1894, vgl. Anm. 3).



Dietmar von Reeken

Außenseiter in einem konservativen Land?

Die politische Linke in Oldenburg in der frühen Weimarer Republik – Forschungsüberblick und Forschungsperspektiven

Warum „Außenseiter in einem konservativen Land“?¹ Das klassische Bild Oldenburgs in jener Zeit, was auch durch die historische Forschung bestätigt wurde,² ist das eines agrarisch geprägten, kleinstädtisch dominierten Landes, das – ohne idyllisieren zu wollen – eher von einer vergleichsweise ruhigen politischen Entwicklung gekennzeichnet war. Diese spiegelte sich z. B. in dem konsensualen Verzicht auf die Landtagswahlen im Jahr 1916 und dem vergleichsweise unspektakulären Verlauf der Revolution wider.³ Für eine ausgeprägte, gar radikale Linke schien dort wenig Platz zu sein, und wenn, dann höchstens in Teilgebieten, wo vor allem Auswärtige die Situation bestimmten, wie etwa in Wilhelmshaven/Rüstringen. Aber auch dort war die erfolgreiche Sozialdemokratie mehrheitlich eher pragmatisch ausgerichtet.⁴

- 1 Es handelt sich hierbei um die Druckfassung eines Vortrags, den ich im Rahmen der Tagung „Politische Geschichte des Freistaats Oldenburg in der frühen Phase der Weimarer Republik“ der Arbeitsgemeinschaft Landes- und Regionalgeschichte in der Oldenburgischen Landschaft am 25.10.2019 in Oldenburg gehalten habe.
- 2 Vgl. etwa die Darstellung in: Albrecht Eckhardt, *Der konstitutionelle Staat (1848–1918)*, in: Ders./Heinrich Schmidt (Hg.), *Geschichte des Landes Oldenburg*, Oldenburg 1992, S. 333–402, z. B. S. 370 f., 374 f.
- 3 Zu dem „Burgfrieden“ von 1916 vgl. etwa ebd., S. 394, zur Revolution: Wolfgang Günther, *Die Revolution von 1918/19 in Oldenburg*, Oldenburg 1979, und jetzt: Benno Schulz (Hg.), *1918/1919. Revolution im Nordwesten. Demokratischer Aufbruch im Nordwesten*, Oldenburg 1918. Der Sozialdemokrat Paul Hug sagte denn auch 1919 in der ersten Sitzung der verfassunggebenden Landesversammlung: „Dank den freieren politischen Zuständen in Oldenburg und dem demokratischen Geist, der weite Kreise des Oldenburger Volkes beherrscht, konnte die Revolution von Anbeginn in ruhigen Bahnen verlaufen“ (zit. nach: Albrecht Eckhardt, *Von der sozialistischen Revolution zur praktischen Tagespolitik und Staatsverwaltung. Das Direktorium des Freistaats Oldenburg in seinen Protokollen 1918/19*, Oldenburg 2017, S. 34). Zur Situation in der Hochburg Wilhelmshaven/Rüstringen vgl. Gerd Steinwäcker, *Wilhelmshaven-Rüstringen. Glanz und Elend einer preußisch-oldenburgischen Doppelstadt im Umfeld des Ersten Weltkriegs*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 87 (2015), S. 203–228.
- 4 Nach der Analyse von Albrecht Eckhardt zum Landtag stammte etwa bei den Abgeordneten der Sozialdemokratie „weniger als ein Drittel [...] aus dem Lande selbst“ (Albrecht Eckhardt, *Von der bürgerlichen Revolution zur nationalsozialistischen Machtübernahme. Der Oldenburgische Landtag und seine Abgeordneten 1848–1933*, Oldenburg 1996, S. 20). Christoph Reinders bezeichnete die SPD daher auch als „Immigrationspartei“ (Christoph Reinders, *Sozialdemokratie und Immigration. Eine Untersuchung der Entwicklungsmöglichkeiten der SPD in einem überwiegend ländlich geprägten Reichstagswahlkreis auf der Grundlage der Wahlbewegung von 1893 bis 1912*, in: Wolfgang Günther [Hg.], *Parteien und Wahlen in Oldenburg. Beiträge zur Landesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, Oldenburg 1983, S. 65–116, hier S. 114).

Anschrift des Verfassers: Prof. Dr. Dietmar von Reeken, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Institut für Geschichte, Ammerländer Heerstr. 114–118, 26129 Oldenburg, dietmar.von.reeken@uol.de



Diesem Bild widerspricht allerdings die Tatsache, dass die Radikalisierung im rechten Lager sehr wohl und sehr bald stattfand, und auch die Wahlergebnisse zeichnen ein deutlich differenzierteres Bild; hierauf wird gleich noch ausführlicher einzugehen sein. Allerdings stellt sich im Hinblick auf die politische Linke auch die Frage, wer damit eigentlich gemeint ist: Der klassische Lagerbegriff „links“ ist in der Konkretisierung in Oldenburg gar nicht so einfach – Wolfgang Günther etwa, der viel über diese Epoche gearbeitet hat, sprach im Einklang mit der zeitgenössischen Diktion von der Linken in Oldenburg, wenn er SPD und DDP (bzw. vor 1918 Fortschrittliche Volkspartei) meinte.⁵ Nun ließe sich lange darüber diskutieren, wie „links“ die Liberalen oder ihr zentraler Protagonist, Theodor Tantzen, waren⁶ bzw. wo der Maßstab für „links“ liegt (vor 1918 womöglich woanders als danach) – die allgemeine historische Forschung, der ich mich hier anschließe, meint mit der politischen Linken in den ersten Jahren der Weimarer Republik SPD, USPD und KPD (sowie ggf. kleinere linke Abspaltungen). Hierum soll es im Folgenden gehen.

Forschungsüberblick

An allgemeinen historischen Forschungen zu den genannten Parteien, zu den mit ihnen verbundenen Gewerkschaften, zu den sie tragenden sozialistischen Milieus sowie zu einzelnen Repräsentanten mangelt es weiß Gott nicht.⁷ Was Oldenburg angeht, sieht es allerdings deutlich anders aus: Zum einen hat sich die allgemeine Geschichtswissenschaft mit Oldenburg in dieser Hinsicht kaum beschäftigt, dafür war hier die Arbeiterbewegung denn doch zu schwach und aus der Reichsperspektive marginal. Die regionalen Schwerpunkte der Forschung lagen deutlich woanders, nämlich dort, wo auch die Arbeiterbewegung stark war, also im Ruhrgebiet, in Sachsen, in den großen Städten.⁸ Die regionalgeschichtliche Forschung zu Oldenburg

5 Vgl. etwa Wolfgang Günther, *Freistaat und Land Oldenburg (1918-1946)*, in: Eckhardt/Schmidt, *Geschichte* (wie Anm. 2), S. 403-489, hier S. 403: „Die Linke im Oldenburgischen Landtag, die SPD und die Linkliberalen, ...“; ähnlich Eckhardt, *Der konstitutionelle Staat* (wie Anm. 2), S. 387: „Im Landtag gab es seit der Jahrhundertwende ein mehr oder minder offenes Bündnis zwischen Linkliberalen und Sozialdemokraten, die man gemeinsam auch als ‚Linke‘ bezeichnete.“

6 Vgl. zu den trotz ihrer Bedeutung für die regionale politische Entwicklung schlecht erforschten Liberalen in Oldenburg etwa: Peter Haupt, *Die bürgerlich-liberalen Parteien in der Revolution 1918/19: Der Oldenburger Liberalismus zwischen Monarchie und Republik*, in: Günther, *Parteien und Wahlen* (wie Anm. 4), S. 181-224, und zu Theodor Tantzen: Wolfgang Günther, *Art. Theodor Tantzen*, in: Hans Friedl u.a. (Hg.), *Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg*, Oldenburg 1992, S. 730-735 und Martina Neumann, *Theodor Tantzen. Ein widerspenstiger Liberaler gegen den Nationalsozialismus*, Hannover 1998.

7 Vgl. hierzu aus der Fülle der Literatur die umfangreiche Arbeit von Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918-1924*, Berlin/Bonn 1984. Zum regionalen Rahmen vgl. Gerd Steinwascher, *Politik und Gesellschaft in der Weimarer Republik*, in: Ders. in Zusammenarbeit mit Detlef Schmiechen-Ackermann und Karl-Heinz Schneider (Hg.), *Geschichte Niedersachsens*. Bd. 5: *Von der Weimarer Republik bis zur Wiedervereinigung*, Hannover 2010, S. 19-197.

8 Vgl. etwa: Karsten Rudolph, *Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Weimarer Republik (1871-1923)*, Weimar u.a. 1995. Ausführlich dokumentiert werden die einschlägigen Arbeiten in der Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und zur Theorie und Praxis der politischen Linken: <https://www.fes.de/bibliothek/themen-und-projekte/bibliographie-zur-geschichte-der-deutschen-arbeiterbewegung/> (letzter Zugriff: 27.05.2020).

kompenierte dies nur sehr bedingt, denn außer den schon erwähnten Arbeiten von Wolfgang Günther und anderen zur Revolution, bei der die Linke sozusagen automatisch in den Blick kommt, und vielen kleinen Beiträgen zu einzelnen Personen vor Ort (etwa in den Heimatbeilagen der Tageszeitungen) sowie manchen Jubiläums- und Festschriften und vereinzelt Arbeiten aus den Organisationen heraus (insbesondere von engagierten Gewerkschaftlern) gibt es kaum systematische historische Studien.⁹ Eine der wenigen Ausnahmen ist die Dissertation von Bernhard Parisius über die Arbeiterbewegung im Herzogtum Oldenburg zwischen 1840 und 1890 aus der Mitte der 1980er Jahre, der wir grundlegende Einsichten über die Entstehung der Arbeiterbewegung, über lokale und regionale Entwicklungen, soziale Basis, politische Profile usw. verdanken.¹⁰ Aber Parisius' Perspektive endet eben zeitlich deutlich vor dem Zeitraum, der hier interessiert. Ein zweiter Schwerpunkt – wenn wir denn von Schwerpunkten sprechen wollen – ist die etwa zeitgleich in den späten 1970er und den frühen 1980er Jahren stattfindende Wahlforschung an der Universität Oldenburg. Historiker und Politikwissenschaftler hatten sich in dem Forschungsprojekt „Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg/Ostfriesland“ zusammengefunden, um, wie es in der Selbstbeschreibung heißt, „die für die historische Entwicklung bedeutsamen Phasen des demographischen, sozialen und politischen Wandels zu untersuchen und darzustellen und [...] eine historische und gegenwartsbezogene Analyse von Parteien und Wahlen als institutionalisierten Formen politischer Partizipation vorzunehmen“.¹¹ Hierbei einen regionalen Schwerpunkt im Nordwesten, also im direkten Umfeld der neugegründeten Universität zu legen, war eine bewusste wissenschafts- und regionalpolitische Entscheidung der Protagonisten. Herausgekommen sind dabei u.a. zwei Sammelbände, beide herausgegeben von Wolfgang Günther, die eine Reihe von Beiträgen enthalten, die für unser Thema wichtig sind¹² – auch hierauf wird gleich zurückzukommen sein. Aber hiermit endet auch schon der Forschungsüberblick – und das ist doch einigermaßen überraschend, aber

- 9 Vgl. etwa aus älterer Sicht: Emil Kraft, *Achtzig Jahre Arbeiterbewegung zwischen Meer und Moor. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Bewegungen in Weser-Ems, Wilhelmshaven 1952*; als Lokalstudien bzw. Festschriften z.B.: Werner Vahlenkamp, *Von den Anfängen bis in die Gegenwart. 125 Jahre Sozialdemokratie in Oldenburg. Ein Lesebuch zur Geschichte, Oldenburg 1994*; Ellen Mosebach-Tegtmeier, *Der andere Weg. Die Arbeiterwohlfahrt in Rüstringen/Wilhelmshaven vor 1933 und nach 1945. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Jadedstädte, Oldenburg 1988*; 100 Jahre SPD Nordenham. *Geschichte & Geschichten, Nordenham 1993*; 1903–1978. *75 Jahre SPD Ganderkesee. Die Geschichte der Sozialdemokraten einer Gemeinde, Ganderkesee 1978*, und SPD-Ortsverein Ganderkesee (Hg.), *100 Jahre SPD Ganderkesee 1903 bis 2003. Die Geschichte der Sozialdemokraten einer Gemeinde, Ganderkesee 2003*. Auch die Stadt- und Ortsgeschichten der oldenburgischen Kommunen enthalten jeweils Informationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen; vgl. als Übersicht: Albrecht Eckhardt (Hg.), *Oldenburgisches Ortslexikon. 3 Bände, Oldenburg 2011–2012*. Die politischen Repräsentanten der Arbeiterbewegung sind, soweit sie Landtagsabgeordnete waren, dokumentiert in: Albrecht Eckhardt/Rudolf Wyrsh (Hg.), *Oldenburgischer Landtag 1848–1933/1946. Biografisch-historisches Handbuch zu einem deutschen Landesparlament, Oldenburg 2014*.
- 10 Bernhard Parisius, *Vom Groll der „kleinen Leute“ zum Programm der kleinen Schritte. Arbeiterbewegung im Herzogtum Oldenburg 1840–1890, Oldenburg 1985*.
- 11 Wolfgang Günther, Einführung des Herausgebers, in: Ders. (Hg.), *Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Studien zur Regionalgeschichte vom 17. bis 20. Jahrhundert, Oldenburg 1981, S. 9–14, hier S. 10*.
- 12 Vgl. ebd. und Ders., *Parteien und Wahlen (wie Anm. 4)*.

tatsächlich sind seitdem zwar immer mal wieder kleinere Beiträge erschienen, und natürlich werden die politischen Kräfte, um die es hier geht, auch in jüngeren Publikationen erwähnt und gewürdigt, größere Forschungsanstrengungen aber gab es nicht.¹³

Ergebnisse und Perspektiven der Forschung

Die Arbeiterbewegung als zentraler sozialer Träger der politischen Linken in Oldenburg entstand vor allem dort, wo sich industrieller Wandel vollzog. Abzulesen ist das an den Ergebnissen der Reichs- und Landtagswahlen im Kaiserreich, die, was die Resultate für die Sozialdemokratie im Land angeht, außerordentlich stark variieren. Hohe SPD-Anteile verzeichneten vor allem Rüstringen, Delmenhorst, Osternburg und die Unterweserorte sowie deren jeweiliges lokales Umfeld. Dagegen gelang es der Linken in den ländlichen Teilen des Herzogtums und dem katholischen Süden kaum, Fuß zu fassen. Dies änderte sich auch im Laufe des Kaiserreichs nicht wesentlich: Nach eingehenderen Wahlanalysen gab es zwar eine verstärkte Politisierung auch in Oldenburg – die allgemeine Forschung spricht ja von der Entstehung eines politischen Massenmarktes –, die SPD aber hatte ihre Stammwählerschaft nach den Forschungen von Christoph Reinders zumindest in ihren Hochburgen wohl schon seit den späten 1890er Jahren dauerhaft an sich gebunden, auch wenn die Ergebnisse je nach konkreter politischer Situation schwanken konnten. 1912 war die SPD in Oldenburg stärkste Partei, wenn auch im Reichsvergleich mit einem unterdurchschnittlichen Ergebnis.¹⁴ Auch im Oldenburger Landtag war die SPD – bei jeweils deutlich niedrigerer Wahlbeteiligung und differierendem Wahlrecht – vertreten, ja 1911 bei der letzten Landtagswahl vor dem Ersten Weltkrieg war sie sogar zur zweitstärksten politischen Kraft nach den Linksliberalen geworden, wobei letztere in den Stichwahlen von der Unterstützung durch die SPD profitierten.¹⁵

Weniger sichtbar war die Verankerung der SPD auf kommunaler Ebene: Das Wahlrecht legte einem Siegeszug deutliche Fesseln an; doch trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen gelang es der SPD, in ihren Hochburgen Vertreter in die kommunalen politischen Gremien zu entsenden, ja teilweise sogar Mehrheiten zu erzielen. Dass dies nicht immer in konkrete politische Gestaltungsmacht umgesetzt werden konnte, zeigt das Beispiel aus Rüstringen, wo die zentrale Figur der oldenburgischen Sozialdemokratie, Paul Hug, zwar 1904 zum Gemeindevorsteher von Bant gewählt, von der Regierung aber nicht bestätigt wurde.¹⁶ Die Basis für die Wahlerfolge der

13 Vgl. als Beispiel: Hergen Manns, *Das Scheitern der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Machtübernahme in Wilhelmshaven-Rüstringen. Zwei Städte im Schatten der Reichsmarine, Oldenburg 1998*, der ausführlich die Entwicklung und Situation der Arbeiterbewegung in der Doppelstadt darstellt. Zur schwierigen Forschungssituation vgl. auch schon Steinwascher, *Politik und Gesellschaft* (wie Anm. 7), S. 47 Anm. 82.

14 Vgl. Reinders, *Sozialdemokratie* (wie Anm. 4).

15 Vgl. etwa Ellen Mosebach-Tegtmeier, *Politischer Wandel in Oldenburg. Eine Untersuchung der Wahlen zum 32. Landtag des Großherzogtums Oldenburg 1911*, in: Günther, *Parteien und Wahlen* (wie Anm. 4), S. 133-179, hier S. 173-175.

16 Vgl. Eckhardt, *Direktorium* (wie Anm. 3), S. 16-18.

SPD stellte zum einen eine effektive, moderne Parteiorganisation dar – 1911 gab es über 7000 Mitglieder in 38 Ortsvereinen –,¹⁷ die auch entsprechende Wahlkämpfe vorbereiten und durchführen konnte, zum anderen eine Verankerung in den Arbeitermilieus vor Ort, die durch gemeinsame Arbeits- und Wohnbeziehungen in den Betrieben und Wohnsiedlungen (z.B. in Bant, in Osternburg, in Delmenhorst usw.) und durch Engagement und alltägliche Praxis in Gewerkschaften und Arbeitervereinen geprägt waren.

Ohne Zweifel war die politische Linke auch in Oldenburg vor dem Beginn des Krieges auf dem Weg, eine entscheidende politische Kraft in der Region zu werden; hierzu trug auch bei, dass sie und ihre Repräsentanten eher gemäßigt waren, weshalb schon seit Ende des 19. Jahrhunderts Kooperationen mit dem liberalen Bürgertum bei Wahlen und in den politischen Vertretungen möglich wurden.¹⁸ Wie sich dies im Zuge der Burgfriedenspolitik und der zunehmenden internen Spannungen während des Krieges darstellte, ist allerdings bislang weitgehend unbekannt. Eine Spaltung der SPD wie im Reich scheint es in Oldenburg 1916/17 nicht gegeben zu haben. Der Verlauf der Revolution allerdings deutet darauf hin, dass auch hier Radikalisierungen stattgefunden haben, zumindest an einzelnen Orten, vor allem in Wilhelmshaven/Rüstringen, wobei diese Radikalisierungen wohl insbesondere bei denjenigen zu verzeichnen waren, die nicht von hier stammten, also etwa bei vielen Soldaten, die hier zeitweise stationiert waren. Die genauen Abläufe in der Region sollen hier nicht geschildert werden; dies ist ja im Zeichen der Erinnerung an 100 Jahre Revolution jüngst ausführlich getan worden.¹⁹ Wichtig ist allerdings im Hinblick auf die weitere politische Entwicklung in den frühen 1920er Jahren zweierlei: Zum einen waren linksradikale Strömungen in der Region nur lokal und auch nur temporär stark oder gar dominant (so wie in den ersten Wochen der Revolution in Wilhelmshaven/Rüstringen); mittel- und langfristig setzte sich vor allem die Mehrheitssozialdemokratie in der Region durch. Selbst in der linksradikalen Hochburg im Norden siegte bei der Aufstellung von Kandidaten für die Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 der gemäßigte Hug gegen den radikaleren Kuhnt.²⁰ Allerdings: Durch die Unruhen und Putschversuche in der Region im Januar und Februar 1919 (wie in Wilhelmshaven oder in Delmenhorst und natürlich im benachbarten Bremen²¹) und – durch die Berichterstattung in den Zeitungen – auch darüber hinaus sowie durch das Vorhandensein institutionalisierter Parteien, also der USPD und dann auch der KPD, war die radikale Variante linker Politik im Bewusstsein und manchmal auch

17 Vgl. Mosebach-Tegtmeier, Politischer Wandel (wie Anm. 15), S. 161.

18 Vgl. etwa ebd., S. 158 zur Zusammenarbeit mit den Linksliberalen seit 1899.

19 Vgl. etwa Schulz, Revolution (wie Anm. 3) sowie jetzt mit pointierten Urteilen: Gerd Steinwascher, Zwischen Revolution und Beharrung – der Übergang zur Weimarer Republik in Wilhelmshaven/Rüstringen und Oldenburg, in: Oldenburger Jahrbuch 119 (2019), S. 81-98.

20 Vgl. Waldemar Reinhardt, Die Stadt Wilhelmshaven in preußischer Zeit, in: Eckhardt / Schmidt, Geschichte (wie Anm. 2), S. 637-659, hier S. 651. Vgl. auch Steinwascher, Politik und Gesellschaft (wie Anm. 7), S. 29, zu den Mehrheitsverhältnissen in Wilhelmshaven.

21 Zu den in Oldenburg aufmerksam rezipierten Ereignissen in Bremen vgl. Karl-Ludwig Sommer, Die Bremer Räterepublik, ihre gewaltsame Liquidierung und die Wiederherstellung „geordneter Verhältnisse“ in der Freien Hansestadt Bremen, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 77 (2005), S. 1-30, und Peter Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. Revolution, Räterepublik, Restauration. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Bremen 2017.

auf der Straße, in den Betrieben, in den Milieus und in den politischen Vertretungen immer präsent, was die weitere Entwicklung mitprägen sollte.

Was hat sich durch Kriegsende, Revolution und Demokratiegründung für die politische Linke verändert? Zum einen gab es zumindest bei der Mehrheitssozialdemokratie einen gewissen Optimismus, die entscheidende Gestaltungsmacht zu werden. Paul Hug formulierte in der Landesversammlung im März 1919 die Überzeugung, dass der Freistaat Oldenburg *mit sozialem Geist und sozialistischer Art erfüllt* werde.²² Und auch außerhalb der Linken wurde zunächst durchaus anerkannt, dass sich der politische Mainstream nach links verschoben hatte – zwar kritisierte man die Revolution, aber der Zentrumsabgeordnete Feigel etwa stellte in einer Landtagsdebatte im Mai 1919 fest, *daß es durchaus richtig war, wenn im vergangenen Jahre sich in Deutschland eine ziemlich allgemeine Linksorientierung bemerkbar machte*.²³ Allerdings schlug sich diese Linksorientierung in den Wahlen 1919/20 kaum nieder: Zwar waren die beiden Linksparteien SPD und USPD bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 mit zusammen 37 % der abgegebenen Stimmen die stärkste politische Kraft, doch ein Vergleich mit den letzten Reichstagswahlen von 1912 zeigt, dass die Linke ihr Potenzial in der Region offenbar weitgehend ausgeschöpft hatte und ein Einbruch in neue Wählerschichten kaum gelungen war, und dies trotz der Veränderungen des Wahlrechts.²⁴ Die wenige Wochen später stattfindende Landtagswahl bestätigte dieses ernüchternde Ergebnis – bei allerdings deutlich niedrigerer Wahlbeteiligung kamen SPD und USPD zusammen nur auf gut 31 %.²⁵ Zwar hatte die sogenannte „Weimarer Koalition“ eine breite Mehrheit im Landtag – von einer linken Dominanz aber konnte keine Rede sein, übrigens auch nicht im Direktorium des Freistaates Oldenburg, der neuen regionalen Machtzentrale, wie Albrecht Eckhardt herausgearbeitet hat.²⁶

Auch die weitere Entwicklung bestätigte dieses Bild – bei den Reichs- und Landtagswahlen der Jahre 1920 bis 1923 kam die Linke nicht über diese Ergebnisse hinaus, zum Teil blieb sie sogar unter 30 %. Innerhalb des linken Lagers gab es allerdings Verschiebungen: 1920 war die USPD bei Reichs- und Landtagswahlen kurzzeitig mit gut 12 % stark und verminderte den Anteil der MSPD erheblich, während die KPD nicht über wenige Prozent hinauskam; in dieser Verschiebung nach links deutete sich wohl Enttäuschung über die ausgebliebenen radikalen Veränderungen nach dem Scheitern des Kapp-Putsches aus.²⁷ Was die regionale Verteilung anging, so war die Situation im Prinzip dieselbe wie vor 1914: Hochburgen der MSPD waren Warfleth und Ohmstede mit 1919 über 60 %, Altenesch, Nordenham, Eversten, Ham-

22 Zit. nach: Eckhardt, Direktorium (wie Anm. 3), S. 34.

23 Rede des Abgeordneten Feigel (Zentrum) am 22. Mai 1919, abgedruckt in: Eckhardt, Landtag (wie Anm. 4), S. 74. In derselben Rede sprach Feigel vom *Unglück der Revolution* (ebd.) und sein Kollege Raschke kurz darauf vom *Geist der Aufsässigkeit*, den die Sozialdemokratie *50 Jahre lang in das Volk hineingetragen hat* (ebd., S. 76).

24 Vgl. Wolfgang Günther, Wahlen, Wahlsystem und politische Partizipation. Die Wahlen von 1912 und 1919 in Oldenburg, in: Ders., Sozialer und politischer Wandel (wie Anm. 11), S. 113-137, hier S. 122-129.

25 Vgl. ebd., S. 123.

26 Vgl. Eckhardt, Direktorium (wie Anm. 3), S. 40 f. Zwar saß dem Direktorium zunächst der radikale Bernhard Kuhnt vor, doch war dieser kaum bei den Sitzungen anwesend, wurde durch gemäßigtere Sozialdemokraten flankiert und bereits am 3. März 1919 abgesetzt.

27 Vgl. die Zahlen in: Günther, Freistaat (wie Anm. 5), S. 415 und 420 f.

melwarden, Brake, Ganderkesee und Bardewisch mit über 50 %. Die USPD punktete vor allem im Umkreis von Rüstringen mit über 30 % in Schortens und Zetel sowie über 20 % in Rüstringen selbst, Bockhorn und Varel.²⁸ Bei der KPD kann man ab 1920 kaum von „Hochburgen“ sprechen, aber prinzipiell war sie in denselben Orten stark wie zuvor die USPD, so etwa in Augustfehn und auch in Osternburg, wo schon im Januar 1919 eine Ortsgruppe gegründet worden war. Dass die linken Kräfte in den ländlichen und katholischen Regionen nach wie vor schwach waren, überrascht nicht und ist ein weiteres Indiz für die Tatsache, dass die Gewinnung neuer sozialer Schichten kaum gelungen war. Die Linke hatte ihre soziale Basis nach wie vor in den Arbeitermilieus, über deren genaue Ausgestaltung wir aber für Oldenburg bislang wenig wissen; die einzige Studie, die sich diesem Thema intensiv gewidmet hat, ist die ungedruckte Dissertation von Detlev Roßmann von 1979, der Arbeiteralltag und KPD-Politik in Osternburg zwischen 1918 und 1933 ausführlich und differenziert untersucht hat.²⁹ Vergleichbare Untersuchungen zu anderen Orten des Oldenburger Landes wären wünschenswert (wobei Roßmann bei seiner Studie allerdings stark von Erzählungen von Zeitzeugen profitiert hat, die mittlerweile als Quellen nicht mehr zur Verfügung stehen).³⁰

Auch die politische Praxis der Linken in den ersten Jahren der Weimarer Republik in Oldenburg ist bislang weitgehend unerforscht. Besonders interessant wäre zu untersuchen, wie auf der kommunalen Ebene die neuen Beteiligungsmöglichkeiten genutzt und welche Perspektiven der Kooperation mit bürgerlichen Kräften entwickelt wurden. Hier hatte die Demokratisierung des Wahlrechts ja am ehesten Veränderungen der Vertretungskörperschaften hervorgerufen, so dass Sozialdemokraten mancherorts erstmals in lokale Vertretungen einzogen und hier das Klima deutlich pluraler gestalteten sowie an anderen Orten sogar Mehrheiten erzielten. Dabei könnte der genaue Blick auf die Arbeit vor Ort auch neue Einsichten in Bruchlinien und Zusammenhänge in und zwischen den politischen Lagern ermöglichen – so etwa, wenn wie in Nordenham Ende 1919 trotz einer Mehrheit von SPD und USPD im Stadtrat nicht der sozialdemokratische Parteisekretär, sondern ein Bürgerlicher zum Bürgermeister gewählt wurde, weil die USPD für ihn stimmte.³¹

Am ehesten sind Einblicke in die politische Praxis im Landtag möglich, nicht zuletzt auch durch die Digitalisierung der Landtagsverhandlungen.³² Intensivere Analysen stehen hier noch aus; klar ist bislang nur, dass es gerade in den Anfangsjahren in

28 Vgl. die Zahlen in: Günther, Wahlen, Wahlsystem (wie Anm. 24), S. 126.

29 Detlev Roßmann, Kulturelle Öffentlichkeit in Oldenburg-Osternburg 1918–1933. Kritische Untersuchungen zum Verhältnis von Arbeiteralltag und Politik der KPD, Diss., Oldenburg 1979. Zur Identifikation „politisch-sozialer Milieus“ in Oldenburg insgesamt und deren langfristiger Entwicklung vgl. Karl-Heinz Naßmacher, Kontinuität und Wandel eines regionalen Parteiensystems. Zur politischen Entwicklung Oldenburgs im 20. Jahrhundert, in: Günther, Sozialer und politischer Wandel (wie Anm. 11), S. 221–251.

30 Vgl. etwa zu entsprechenden allgemeinen Forschungen: Theresa Dapp, Kommunistische Milieus in der Weimarer Republik. Ein Forschungsbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 50 (2010), S. 503–544.

31 Wolfgang Günther, Blexen und Nordenham im 19. und 20. Jahrhundert, in: Ders. u.a., Nordenham. Die Geschichte einer Stadt, Oldenburg 1993, S. 331–559, hier S. 500 f.

32 Die Landtagsverhandlungen finden sich jetzt komplett in der Digitalen Sammlung der Landesbibliothek Oldenburg: https://www.lb-oldenburg.de/digitale_sammlungen/Landtagsverhandlungen/landtagsverhandlungen_weimarer_republik.htm (letzter Zugriff: 27.05.2020).

Fortsetzung der Entwicklung im späten Kaiserreich eine Kooperation der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Kräften, vor allem der DDP und dem Zentrum, in Direktorium, Landesregierung und Landtag gab, eine Zusammenarbeit, die im Bewusstsein der demokratischen Kräfte angesichts der Bedingungen der Zeit notwendig war. Das Zentrum etwa lehnte nach der Landtagswahl 1920 eine Regierung ohne die SPD ab, weil ein *Ausschalten der SPD ein sehr gefährliches Experiment* bedeute und *auf die Dauer ohne die Sozialdemokratie nicht zu regieren sei*.³³ Dies galt zumindest in den ersten Jahren der Weimarer Republik, auf jeden Fall noch nach der Landtagswahl 1923, begann sich dann aber zunehmend aufzulösen: 1925 wurde zwar Paul Hugs noch mit den Stimmen der nach wie vor formal existierenden Weimarer Koalition zum Landtagspräsidenten gewählt, doch zu einer gemeinsamen politischen Gestaltung waren die linken und bürgerlichen Kräfte nicht mehr in der Lage.³⁴

Fazit

Untersucht man aus historisch-politischer Sicht die Möglichkeiten und Belastungen des Demokratieaufbaus in den ersten Jahren der Weimarer Republik, so stellt sich hier eine entscheidende Frage: Warum ist im Verhältnis zwischen einer demokratischen Linken – die KPD blende ich hier zunächst einmal aus – und einem demokratischen Bürgertum, den beiden entscheidenden Kräften für die Stabilität und Weiterentwicklung eines demokratischen Staatswesens, eine zunehmende Entfremdung festzustellen, nachdem man zunächst, ob gewollt oder gezwungenermaßen sei zunächst dahingestellt, eine Kooperation für sinnvoll und notwendig hielt?

Antworten müssten wohl auf beiden Seiten gesucht werden: Die Sozialdemokratie war in den frühen 1920er Jahren noch nicht die SPD nach Godesberg, auch wenn in Oldenburg eine gemäßigte Richtung dominant war. Die allgemeine Forschung hat festgestellt, dass sich die Partei nach anfänglicher Öffnung in Richtung Volkspartei mit ihrem Görlitzer Programm von 1921 bald wieder als Klassenpartei verstand, die für die Interessen des Proletariats eintrat.³⁵ Und dies wurde noch dadurch verstärkt, dass in der linken Wählerschaft Enttäuschung über die ausgebliebenen radikalen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung verbreitet war – auch in Oldenburg, wo sich bald herausstellte, dass Hugs zitierte Vision einer Prägung des Freistaats durch *soziale(n) Geist und sozialistische Art* nicht Realität wurde. Chancen einer durchgreifenderen Demokratisierung in der Revolution oder wenigstens nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920, deren Durchsetzungsmöglichkeiten in der Forschung allerdings unterschiedlich beurteilt werden, waren nach Ansicht vieler in der Wählerschaft nicht genutzt worden – was an der Wahlurne in der Entscheidung zunächst für die USPD als die radikalere Alternative, dann bei einem kleineren Teil auch für die KPD bzw. für das Abwandern in das Nichtwählerlager quitiert

33 Oldenburgische Volkszeitung v. 19.6.1920, zit. nach: Wolfgang Günther, Parlament und Regierung im Freistaat Oldenburg 1920–1932, in: Oldenburger Jahrbuch 83 (1983), S. 187–207, hier S. 195.

34 Vgl. ebd., S. 200 f.

35 Vgl. etwa Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008, S. 69, 74.

wurde.³⁶ Und eine Kompromissbereitschaft gegenüber den bürgerlichen Kräften hatte natürlich auch nicht gerade dazu beigetragen, aus Sicht der linken Wählerschaft das Profil der SPD als einer sozialistischen Partei zu stärken, im Gegenteil. So war linke Profilierung und Abgrenzung, auch durch den Zusammenschluss mit der Rest-USPD 1922, eher das Gebot der Stunde – ob auch in Oldenburg, ist aufgrund der bisherigen Forschungen noch nicht genau zu sagen. Wie scharf die Abgrenzung nach außen aber auch im Alltag war, zeigt schlaglichtartig ein Werbezettel für das Oldenburger Volksblatt, eine in den ersten Jahren der Weimarer Republik erscheinende sozialdemokratische Tageszeitung, in dem die bürgerliche Pressekonkurrenz als „Feind im eigenen Heim“ bezeichnet wurde.³⁷ Möglicherweise trug auch der zunehmende Ausbau der Milieuzusammenhänge und Milieuorganisationen in den 1920er Jahren zu dieser verschärften Abgrenzung bei; aber dies wäre, z.B. auf der Ebene des Vereinswesens, auch für die Oldenburger Hochburgen noch zu untersuchen.

Auf der anderen Seite wich die anfängliche Bereitschaft im Bürgertum zur Akzeptanz der Rolle einer starken linken Kraft im politischen Kräftefeld ebenfalls einer zunehmenden Abgrenzung im Zeichen eines ausgeprägten „Antimarxismus“, den Kolb und Schumann als „eigentliche(n) Krankheitskeim im deutschen Parteiensystem der Weimarer Zeit“ bezeichnen.³⁸ Hierzu trug sicher auch – und dies wäre am oldenburgischen Beispiel weiter zu erforschen – die Rezeption der gewaltsamen Aufstände und Putschversuche in der Region (z.B. in Wilhelmshaven und Bremen), aber auch die ausgedehnte und emotionalisierende Presseberichterstattung über die Unruhen in anderen Teilen der Republik bei. Die neuere Forschung hat die Rolle der Gewalt in der Weimarer Republik in den letzten Jahren verstärkt erforscht,³⁹ und aus regionaler Perspektive wäre hier zu fragen, inwiefern diese Gewalt gar nicht so sehr selbst erfahren, sondern eher befürchtet bzw. imaginiert wurde. Dies führte möglicherweise zu verstärkten Abgrenzungen bis hin zur Entwicklung von Feindbildern, minimierte die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit einer linken politischen Kraft, die solche Gewalt (vermeintlich) zu befördern schien, und verstärkte die Suche nach Alternativen. Sie kam in Oldenburg auf parlamentarischer Ebene in der Abkehr von der Weimarer Koalition und dem Wunsch nach einem scheinbar überparteilichen Beamtenkabinett sowie in der Hinwendung von Teilen des Bürgertums nach ganz rechts zum Ausdruck. Beides war für die Entwicklung der Demokratie in Oldenburg verhängnisvoll – und beides war möglicherweise schon 1919/20 angelegt.⁴⁰

36 Zum Kapp-Putsch in Oldenburg vgl. immer noch: Klaus Lampe, Der Freistaat Oldenburg zwischen Kapp-Putsch und Reichstagswahlen März bis Juni 1920, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 46/47 (1974/1975), S. 263-197.

37 Vahlenkamp, Sozialdemokratie (wie Anm. 9), S. 76.

38 Eberhard Kolb/Dirk Schumann, Die Weimarer Republik, 8., überarb. u. erw. Aufl., München 2013, S. 185.

39 Vgl. etwa Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, und jetzt Mark Jones, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017.

40 Gerd Steinwascher schließt seinen pointierten Beitrag über den Übergang zur Republik im Nordwesten mit dem (vorletzten) Satz: „Nichts deutete darauf hin, dass die politische Entwicklung in Oldenburg sehr bald zu einer reinen Beamtenregierung führen sollte, der Konsens der Demokraten und die Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit verlorenging.“ (Steinwascher, Revolution [wie Anm. 19], S. 98). In der Forschung käme es darauf an zu prüfen, ob tatsächlich 1919/20 noch nichts darauf hindeutete, die entscheidenden Bruchlinien also erst später entstanden oder ob bereits hier, zumindest subkutan, Risse im demokratischen Konsens vorhanden waren.



Michael Hirschfeld

*Wir Katholiken machen keine Revolution mit,
sondern erkennen nur gesetzmäßige Zustände an.*

Die Zentrumspartei in der Frühphase des Freistaats Oldenburg (1919-1923)

*Die alte Zeit fand ihren Abschluss mit dem Weltkrieg und die neue beginnt
mit der Revolution. Wir Katholiken machen keine Revolution mit, sondern
erkennen nur gesetzmäßige Zustände an.¹*

Deutliche Worte fand der kurz zuvor für den Wahlkreis 16 (Weser Ems) gewählte Reichstagsabgeordnete Ökonomierat Theodor Pennemann² aus Brual im Emsland in einer Kundgebung auf dem ersten Oldenburger Katholikentag im September 1920 in Cloppenburg. Pennemanns Botschaft bezog sich aber nicht nur auf die Novemberrevolution 1918, die zu diesem Zeitpunkt immerhin knapp zwei Jahre zurücklag. Sie hatte auch den Kapp-Putsch im März 1920 als aktuelleren Bezugsrahmen. Will man sich der Situation annähern, vor der der katholische Bevölkerungsteil nach dem Sturz der Monarchie und am Beginn der Weimarer Republik stand, so bietet eine Analyse der Ansprachen des ersten und im Übrigen auch einzigen Oldenburger Katholikentags dieser Epoche eine geeignete Folie, um die Position der Zentrumspartei auszuloten.

Um nicht den Eindruck zu erwecken, der regionale Katholikentag in Cloppenburg sei eine politische Veranstaltung der Zentrumspartei gewesen, muss man sich zunächst vor Augen führen, was er außerdem noch bot: eine Begrüßungsfeier für und ein

- 1 Festbuch des ersten Oldenburger Katholikentages in Cloppenburg am 25., 26. u. 27. Sept[ember] 1920, Cloppenburg o.J. [1920], S. 72.
- 2 Zu Pennemann (1861–1932), MdR 1920–1928, vgl. Beatrix Herlemann, Biographisches Lexikon niedersächsischer Parlamentarier 1919–1945 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen, Bd. 222), Hannover 2004, S. 271 f.; Bernd Haunfelder, Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871–1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien (Photodokumente zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4), Düsseldorf 1999, S. 342; Helmut Lensing, Pennemann, Theodor, in: Emsländische Geschichte, Bd. 7 (1998), S. 212-216.

Anschrift des Verfassers: Apl. Prof. Dr. Michael Hirschfeld, Universität Vechta, Fakultät III, Fach Geschichte, Driverstraße 22, 49377 Vechta

